

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Zwickau, Zwickauer Str. 20

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und der Rates der Stadt Zwickau, des Finanzamts Zwickau und des Hauptzollamts Zwickau

Postfachkonto: Dresden 168
Blatt-Nr. 52

Nr. 275.

Dienstag, 27. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24. 11. bis 30. 11. 1923 1000 Mark. Einmal für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte 20 Pfennige, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Zwickau. 24stündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Zwickau. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Zwickau; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Zwickau.

Die Bemühungen um die Kabinettsbildung.

(Berlin. Die Bemühungen Dr. Alberts um die Neubildung des Reichskabinetts haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. In Regierungskreisen hofft man, daß Dr. Albert bis Dienstag abend das Kabinettskriterium gebracht haben wird. Wie verlautet, soll das Ministerium des Reichs nicht endgültig bestellt, sondern nur kommissarisch verwalten werden. Ferner soll der Plan bestehen, die wirtschaftlichen Ministerien zusammenzufassen. Hierbei soll als Minister der Direktor der Deutschen Werke Herrich in Frage kommen. Dr. Brauns soll der präsumtive Reichskanzler wieder das Arbeitsministerium angetrauen haben. Das Zentrum soll aber den Eintritt von Fraktionsmitgliedern in die Regierung von der vorherigen Zustimmung der Fraktion abhängig gemacht haben. Bisher ist im Reichstage die Zentrumsfraktion zur Beratung der parlamentarischen Lage zusammengetreten. Auch die Deutsche Volkspartei hielt um 5 Uhr eine Fraktionsversammlung ab. Die Deutschnationalen haben für Dienstag ihre Fraktion einberufen. Im allgemeinen geht die Stimmung im Parlament dahin, sich vorläufig einem Kabinettskriterium gegenüber abwartend zu verhalten.

(Berlin. Ein heiliges Blatt will wissen, daß für den Fall des Nichtzustandekommens des Kabinetts Albert das Zentrum die Initiative zur Kabinettsbildung übernehmen würde. Es werde dabei an eine Kandidatur Dr. Marx gedacht, der angeblich zur Kabinettsbildung bereit sei, wenn er die Aufgabe Stresemanns erhält, das Ministerium des Reichs in dieser Regierung zu übernehmen.

(Berlin. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die gestern Nachmittag im Reichstag eine Besprechung abhielten, haben sich gegen ein überparteiliches Kabinettskriterium ausgesprochen. In unversöhnlich eingeleiteten interfraktionellen Besprechungen hat der Gedanke, einen bürgerlichen Block mit Einschluß der Deutschnationalen zu bilden, Boden gewonnen, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, an keiner irgendwie gearteten Koalition mit bürgerlichen Parteien teilnehmen zu wollen. Das Zentrum hat allerdings eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen an eine Reihe von Bedingungen geknüpft; es soll jedoch zwischen beiden Parteien zu einem Kompromiß auf folgender Basis gekommen sein: Die Deutschnationalen lassen die Forderung fallen, daß der Sozialistvertrag für nichtig erklärt werde. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei verpflichten sich, in Preußen aus der großen Koalition auszusteigen und auch dort einen Bürgerblock zu bilden. Die Haltung der Demokraten, ohne die die bürgerliche Koalition nicht über die absolute Mehrheit im Reichstage verfügen würde, ist noch unentschieden. Man nimmt an, daß sie wohl eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, jedoch eine neutrale Haltung einnehmen werden. Als Reichskanzler der bürgerlichen Koalition wird der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Jarres genannt.

Der vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragte frühere Reichsfinanzminister Heinrich Albert ist im 50. Lebensjahr. Er hat Reichsbürgerschaft und ist in den Staatsdienst eingetreten. Er war dann längere Zeit im Reichsamt des Innern tätig, arbeitete 1901 für die Organisation der deutschen Abteilung der Weltausstellung in St. Louis und war 1910 deutscher Reichskommissar auf der Brüsseler Weltausstellung. Als Minister an der deutschen Botschaft in Washington wirkte er bis 1917 in den Vereinigten Staaten von Amerika und kehrte nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten mit dem Vizekonsul Grafen Bernstorff zurück. 1918 und 1919 war er Präsident des Reichsberaters für die Reichsfinanzverwaltung. Er trat dann als Nachfolger Baumbachs in die Reichsfinanzverwaltung ein und wurde 1920 zum Staatsminister in der Reichsfinanzverwaltung ernannt. Im November 1922 wurde er Reichsfinanzminister im Kabinettskriterium. Nach der Auflösung dieses Ministeriums wurde er zum Kaufmann ernannt und schied dann mit Cuno aus der Regierung aus. Jetzt gehört Albert dem Aufsichtsrat der Deutschen Werke an.

Die Rheinlande als Selbstverwaltungskörper.

(Ebersfeld. Auf dem außerordentlichen Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei sprach der Reichstagsabgeordnete Ebersfeld über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Herr Ebersfeld die Frage vorlegte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinlandes im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könne, hätten Verhandlungen stattgefunden, zunächst am vorigen Freitag, über die im einzelnen noch nicht bekannt geworden sei. Er glaube aber in großen Zügen folgendes darlegen zu können, was von Ebersfeld angenommen sei: Es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen, der aus über die Provinzen und Staatsgrenzen, über Weistümer, Hefen usw. hinübergreife. An die Spitze dieses Sonderverbandes tritt ein zweifelhafte fünf-köpfiges Direktorium. Dahinter steht zunächst ein Ausschuss, der gewissermaßen der Berater dieses Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einvernehmlich mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reich alle die Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um wieder Ordnung zu schaffen. Voraussetzung dafür ist eine Regelung der Finanzen. Ein solches Gebilde von Finanzhoheit kann also eine eigene Steuer haben. Zweitens muß dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung muß wieder mit den ersten Kräften besetzt werden, die in der

Hauptfrage aufgewiesen worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird deshalb sein, auf die Rückkehr der Ausgewiesenen hinzuwirken oder, soweit dies nicht möglich ist, auf die Neubesehung der betreffenden Ämter bedacht zu sein. Das Entscheidende ist, daß wir vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im besetzten Gebiet stehen. Wenn auch nicht ein Ausschneiden aus Preußen oder dem Reich gedacht wird, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen beabsichtigt ist, enthält doch diese Situation eine politische ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Sonderverbandes ist die politische Gefahr immer noch sehr groß, und sie wird um so größer, je selbständiger dieses Gebilde werden wird. Ich habe meines Erachtens und immer mit Recht geträumt wegen der Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Besetzung besteht. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebilde ihren Einfluß geltend zu machen. Aber die Dinge sind so, daß wir zwischen dieser Möglichkeit zu wählen haben und der Millionen der Bevölkerung auseinander losgehen und sich gegenseitig aufreizen zu lassen. Um die Bevölkerung vor dem Abgleiten zu bewahren, muß der erste Schritt besprochen werden. Ich werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dahingehend erklären, daß wir unter dem Zwang der Umstände und vor der Gefahr des Zerfalls und der Verelendung und mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.

Gehärfichte Worte gegen den Wucher.

(München. Amlich wird gemeldet: In einer vom Generalstaatskommissar erlassenen Warnung wird unter anderem gesagt, daß die allgemein angelegten Grund- und Goldpreise für die Waren und Leistungen viel zu hoch seien und daß sie in der Regel weder durch Rohstoffe, noch die Herstellung, noch die Wertentwertung gerechtfertigt seien und daß bei wertbeständiger Zahlung die sogenannten Risikoprämien ein reiner Wucher seien. Verdrößerter Eigennuß hohe durch die zu hohen Grundpreise das neue wertbeständige Zahlungsmittel auf die abschüssige Bahn der Papiermark. Ich will, so heißt es weiter, daß dieses Verbrechen am Volke auf schwere Strafen beschränkt wird. Keine Strafe des Volkes darf heute Friedensstrafe nehmen und sich so von der allgemeinen Not ausschließen. Die Vollziehungsbehörden werden die Preisermessung strengstens überwachen und die Schuldigen der Bestrafung zuführen. Wer sich einer wucherischen Preisforderung schuldig macht oder sich einer Preisnachprüfung zu entziehen sucht, hat die Unterlagung des Bauschusses zu erwarten. In den Fällen, wo die großen Wirtschaftskverbände Schuld an den Preisüberforderungen tragen, wird mit allen Mitteln eingeschritten und mit ebenso unumschließlicher Strenge gegen diejenigen, die sich weigern, Papiermark in Zahlung zu nehmen.

Die belgische Regierung zum Fall Graf.

Neuerdings hat die belgische Regierung ihre bereits früher gestellten Entschädigungsforderungen wegen der Tötung des Leutnants Graf in Höhe von 250000 Franken zugunsten der Familie des Getöteten und von 1 Million Franken zugunsten des belgischen Roten Kreuzes erneuert. Wie der Brüsseler Berichterstatter des "Temps" meldet, hat ein Vertreter der belgischen Regierung gestern vormittag in Duisburg vollendes Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, das zur Ablieferung an die deutsche Eisenbahnverwaltung bereit stand. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des Leutnants Graf nicht befolgt habe, in dem von ihr die Beschlagnahme einer Geldsumme von 1 250 000 Franken verlangt wird. Das beschlagnahmte Material soll in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million Franken werde die belgische Regierung nach der Meldung des Berichterstatters dem Roten Kreuz und 250 000 Franken der Familie des Getöteten zur Verfügung stellen.

Die Separatisten vertrieben.

Im mittleren Moselgebiet hat die Bevölkerung an verschiedenen Stellen der Sonderbändlerherrschaft ein scharfes Ende gemacht. So wurde vor allem Wittlich geäubert, wo die Einwohner gegen die von den Sonderbändlern besetzten Gebäude vorgingen. Da die Sonderbändler freiwillig nicht abzogen wollten, kam es zu einem Zusammenstoß, der einige Opfer forderte. Auf Seiten der Einheimischen wurde ein Wagnersohn getötet. Auch in Zell hat die Bevölkerung im Verein mit Bauern aus der Nachbarschaft die Sonderbändler vertrieben.

Aus dem besetzten Gebiet.

(Ebersfeld. Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird berichtet: Wenn auch durch den Abschluß des Montanvertrages zwischen den Industrieländern und der Weimarer Regierung die Lage angeblich ist, so besteht doch zu einer optimistischen Auffassung vorläufig noch kein Anlaß. Eine starke Zunahme der Produktion ist schon deshalb um so weniger zu erwarten, weil nun nach Aufnahme der Kohlenförderung das noch völlig ungelöste Vertriebsproblem im Vordergrund steht. Die normale Umlaufzeit eines Waggons beträgt heute 14 Tage gegen 4,2 Tage vor dem Ausbruch. Die deutschen Beamten, die früher den Durchschnittpreis von allein 20000 Waggons für Kohle täglich — ohne die Waggons für den übrigen harten Güterverkehr — regeln mußten, galten als genaueste Kenner des Ruhrgebietes. Die Regie hat aber auf die Wiedereinstellung dieser Beamten verzichtet und es sind, soweit sich bisher

überleben läßt, im ganzen nur rund 35% des früheren aktiven Eisenbahnpersonals wieder eingestellt worden. Dazu kommt, daß der innere Betrieb bei der Menge noch in keiner Weise funktioniert. Wie groß die entstehenden Schwierigkeiten sein werden, haben in diesen Tagen die Verhältnisse bei der Uebernahme der Nordstrecken in den Probebetrieb gezeigt: der Verkehr auf diesen Strecken ist nahezu stillgelegt, sobald sich bereits ernste Schwierigkeiten besonders für die Kartoffel- und Milchversorgung bemerkbar machen. Wenn weiter die Ein- und Ausfuhrbestimmungen in der bisherigen Weise erlassen werden, wird bei einem Anschwellen des Verkehrs eine Verstopfung der Strecken, besonders auf den für die Kohlenkontrolle völlig unzureichenden Bahnhöfen nicht ausbleiben können.

(Ebersfeld. Die Belagerer haben hier erklärt, daß vom 15. Dezember keine weiteren Einstellungen in die Eisenbahnregel vorgenommen werden.

(Ebersfeld. Gestern vormittag wurde der Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Dr. Heilmann Grone von der Besatzungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit dem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verfügten Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, das sich auf Mitteilungen über die Industrieverhandlungen stützt. Die Verhaftung wurde anrecht erhalten, obwohl Dr. Heilmann-Grone überhaupt keine Kenntnis von den betreffenden Meldungen hatte.

(Ebersfeld. Gestern vormittag wurde der Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Dr. Heilmann Grone von der Besatzungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit dem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verfügten Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, das sich auf Mitteilungen über die Industrieverhandlungen stützt. Die Verhaftung wurde anrecht erhalten, obwohl Dr. Heilmann-Grone überhaupt keine Kenntnis von den betreffenden Meldungen hatte.

(Ebersfeld. Gestern vormittag wurde der Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Dr. Heilmann Grone von der Besatzungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit dem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verfügten Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, das sich auf Mitteilungen über die Industrieverhandlungen stützt. Die Verhaftung wurde anrecht erhalten, obwohl Dr. Heilmann-Grone überhaupt keine Kenntnis von den betreffenden Meldungen hatte.

Zur Auflösung der kommunistischen Partei in Thüringen.

Die "Thür. Volkspartei" meldet: In Weimar fand bei einer Versammlung, die bei dem Abgeordneten Dr. Neubauer vorgenommen wurde, ein in alle Einzelheiten gehender Plan zur Eroberung der Weimarer Landesverwaltung vor. In Gera wurde der Versuch einer kommunistischen Subhandlung, in Rudolstadt die Parteiführer der K. P. und bei Gemeinderäten kommunistische Schriften beschlagnahmt. In Ruppertsberg (Mittelthür) wurde eine kommunistische Versammlung aufgelöst, wobei eine Sonderrednerin von der Zentrale Berlin verhaftet wurde; außerdem wurde viel Material beschlagnahmt. Die Verordnungen zur Auflösung der kommunistischen Partei wurde in Göttingen ohne jeden Widerstand durchgeführt. Es wurde eine Reihe von Durchsuchungen vorgenommen; verschiedene Druckschriften und Geldbeiträge verfielen der Beschlagnahme.

Tagesgeschichte.

(Fortsetzung der Meldungen von Berlin. Infolge der ständig steigenden Lebensmittelpreise ist es auch gestern an verschiedenen Stellen zu Unruhen und teilweise auch zu Plünderungen von Bäckerei- und Schlächtereien gekommen; auch ein Schubwarengeschäft wurde ausgeraubt. Mehrere Täter konnten festgenommen werden.

(Ebersfeld. Uebertriebene Meldungen aus Hamburg. Anlässlich der Meldungen auswärtiger Blätter über die Beschlagnahme bewaffneter Angehöriger des Jung-Völkerverbands und des Niederbayerischen Freiworters teilte die Staatsanwaltschaft unter gleichzeitiger Warnung vor sensationellen Uebertreibungen an sich geäußerten Vorurteilen mit: In der Nacht zum Sonntag bemerkten Polizeibeamte im Stadtviertel kleinere Gruppen und Schritten zur Beschlagnahme von 42 Personen. Auf der Wache wurde festgestellt, daß nur einer der Verhafteten eine Waffe bei sich trug, deren Tragen im Reichsbereich verbotlich ist. Sämtliche Personen wurden daraufhin wieder freigelassen. Auch die politische Unternehmung einer Gruppe Jung-Völkerverbände, die von einer Wandaufstellung nach Baggelbeide zurückkehrte, ergab, daß keiner der Beteiligten eine Waffe bei sich führte.

(Ebersfeld. Der bisherige Leiter der Reichsministerverwaltung Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Dr. Pirchheim ist in den einstweiligen Ruhestand getreten. In seinem Nachfolge hat der Herr Reichspräsident den Ministerialdirektor vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Rohdewitz ernannt. Bei Einführung des neuen Staatssekretärs gab der Reichsverkehrsminister Dejer in warmen Worten der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit des scheidenden Staatssekretärs.

(Ebersfeld. Der Eisenbahnverkehr nach dem Westen. Alle Fraktionen des Reichstages haben wegen der unzureichenden Zustände in den Schnellzügen auf den nach dem Westen führenden Eisenbahnlinien eine Anfrage an die Regierung gerichtet und um Abhilfe ersucht. In der Anfrage heißt es u. a.: Infolge der veränderten Bewertung des Dollars hat ein lebhafter Schieberverkehr namentlich von Ausländern namentlich die Abteile 1. Klasse in Anspruch genommen, wie festgestellt wurde, mit Fahrkarten niedriger Wagenklassen. Es kommt vor, daß solche Ausländer absteigen, auch wenn Plätze frei sind, vom International als sehr bezeichnend und die deutschen Fahrgäste so zum Stehen gezwungen werden. Auch die Schienenarbeiten sind